

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Verwaltung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Wilmersdorfer Str. 54  
Telefon: 24 11 11, 24 11 12, 24 11 13 - Die Zeitung erscheint  
jeden Freitag - Telegramm-Adresse: Textilarbeiter Berlin



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Deutschen Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,  
Berlin O 24, Wilmersdorfer Str. 54 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,  
nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mk. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Spalte 2 Mk.

Stammes 47 Berlin, den 15. November 1932 44. Jahrgang

### Was bringt der neue Reichstag?

Der fünfte Wahlgang des deutschen Volkes in diesem Jahre ist vorüber. Von etwa 44 Millionen Wahlberechtigten haben 35,4 Millionen oder 79 Proz. von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die politische Disziplin war in einem Maße gleichmäßig entwickelt, um ein solches Wahlergebnis noch im fünften Wahlgang zu erzielen. Es war dies zweifellos, daß die Regierung der Partei des deutschen Volk zu einer Willensänderung aufgerufen hat. Das Ergebnis ist für sie nicht gerade schmeichelhaft. Etwa 90 Proz. des stimmberechtigten deutschen Volkes haben sich gegen sie entschieden. Die ersten Verlustbarungen deuten nicht darauf hin, daß diese Regierung aus einem so eindeutigen Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen beabsichtigt.

Trotz der leeren Parteikassen und trotz der bestehenden politischen Unklarheit ist vor den Wahlen Mühe genommen worden. Die eigentliche Wahlkampfzeit hat sich aber nicht abgelesen. Die Partei hat sich als die mächtigste Wahlbewerberin, die den Siegzug dieses Demagogen in alle Welt hinausposaunt. Der Pressechef des „Dritten Reiches“ hat aus seinen Wahrnehmungen bei den Versammlungen für die NSDAP, den größten und eindrucksvollsten Sieg vorausgesagt. Das wirkliche Ergebnis steht anders aus. Die Nationalsozialisten haben gegen Ende Juli rund 2 Millionen Stimmen verlor und 34 Mandate eingebüßt. Der Siegzug dieses aus Ullge und Phrase zusammengeschwindelten Parteihäufens ist zum Stehen gekommen. Die enttäuschten Wähler beginnen in heißen Häufen zu desertieren. Das deutsche Volk scheint sich darüber klar zu werden, welche moralische Einbuße es erlitten hat, daß mehr als 13 Millionen Deutsche dem Rattenfänger von Braunau gefolgt sind. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Urteilsunfähigkeit großer Kreise des Volkes und viele andere Umstände hatten dieser Bewegung einen beispiellosen Erfolg verschafft. Es gab bereits Leute, die der Meinung waren, daß Deutschland das einzige Land sei, wo ein verschrobener Faschismus auf legalen Wege zur Macht gelange. Das Wahlergebnis vom 6. November hat wie eine kalte Dusche gewirkt. Der Komet Hitler beginnt zu fallen.

Die Sozialdemokratische Partei hat ebenfalls einen Stimmenverlust zu beklagen. Während am 31. Juli 1932 für die SPD 7.960.000 Stimmen abgegeben wurden, stimmten am 6. November 7.238.000 Deutsche für die Partei der organisierten Arbeiterschaft. Die Mandatsziffer der SPD. sank von 133 auf 121. Wer den Wahlkampf beobachtete, konnte feststellen, daß auch jetzt noch die ganze Flut von Lüge und Verleumdung sich gegen die Sozialdemokratie richtete. Obwohl es eine rein sozialdemokratische Regierung nur 3 Monate lang nach 1918 gegeben hat und die Sozialdemokraten die allermeiste Zeit, jetzt bereits seit 4 Jahren, in der Reichsregierung nicht mehr vertreten waren, wurden die Massen mit der Behauptung: „14jährige Herrschaft der SPD.“ an-

### Streiker und Streikbrecher Münchhausladen der „Roten Fahne“

Unter dieser Überschrift sucht die „Rote Fahne“ wieder einmal zu beweisen, daß allein die SPD. und die jugendhafte KPD. (im Volksmunde „Rosen-Größe-Dosen“ genannt) den Kampf gegen den durch die Papen-Notverordnung diktierten Lohnabbau führt. Unrichtig ist es, zu behaupten, daß man dabei nach dem Prinzip verfährt und alle Erfolge nur der KPD. zuschreibt, während die SPD. Reformisten die Arbeiter nur in die Niederlagen hineinführen.

Aus der Textilindustrie bringt die „Rote Fahne“ drei Beispiele des Verrats der Reformisten. Als erstes die Firma Götlich in Chemnitz, wo der Textilarbeiter-Verband 2,5 Proz. Lohnabbau vereinbart hat. Die SPD. Betriebsräte (sahen Streikaktion). Der Streik brach (immer nach der „R.“) zusammen. Textilarbeiter erlitten den Verrat, so steht der KPD. bei. Wie ist hier der wahre Sachverhalt? Die Firma Götlich wollte auf Grund der Notverordnung den Lohn um 12,5 bis 15 Prozent um 10,43 Proz. kürzen. Nach erfolglosen Verhandlungen trat die Belegschaft am 5. Oktober in den Streik. Dieser wurde gemeinsam von Nazis und KPD. geführt. Die SPD. Reformisten, die in dem Streik nicht teilnahmen, wurden als Streikbrecher bezeichnet. Die KPD. wurde als „Kämpfer“, das „täglichste Blatt der SPD., berichtete nur von 49 Neueinsteigern), dann muß doch wohl ein Teil von ihnen für das vom Textilarbeiter-Verband erreichte Ergebnis gestimmt haben? Damit ist das Geschrei der „Roten Fahne“ gerichtet. Auf der gleichen Linie liegt auch der Schwindel vom Streikbruch der SPD. Betriebsräte. (Wir berichteten über den Fall Götlich bereits in Nr. 42 des „Textil-Arbeiter“.)

geschwindelt. Weitere unglückliche Umstände, wie der Verkehrsstreik in Berlin usw. trugen zu dem Stimmenrückgang der SPD. bei. Zu dem Gesamtergebnis schrieb das „Berliner Tageblatt“ sehr richtig: „An sich hat sich die Sozialdemokratie erstaunlich gut gehalten, da sie absolut nur 10 Proz., bei Berücksichtigung der geringen Wahlbeteiligung noch nicht 5 Proz. eingebüßt hat.“ Es ist geradezu erstaunlich, wie selbst reife Männer und Frauen auf Schwindelparolen hereinfallen.

Die SPD. zieht jetzt mit 100 Mandaten in den neuen Reichstag ein, während sie im alten mit 89 vertreten war. Es mögen eine Reihe ehemaliger sozialdemokratischer Wähler zu den Kommunisten übergegangen sein. Doch von einem geschlossenen Hinüberwechseln ist nicht die Rede. Ein Blick auf die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen legt davon Zeugnis ab. Am stärksten war der kommunistische Fortschritt in Groß-Berlin. Hier stieg die kommunistische Stimmenzahl um rund 140.000. Dieses Ergebnis ist auf den unglücklichen Verkehrsstreik einige Tage vor der Wahl zurückzuführen. Die Verbrüderung der Kommunisten und Nationalsozialisten bei dieser Gelegenheit hat ihre Früchte getragen. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 6. November aus reiner Verärgerung der SPD. ihre Stimme gaben, werden bald erleben, welchen Vorteil sie daraus zu ziehen haben.

Als zweites Beispiel bringt die „Rote Fahne“ die Dute Spinnerei Bilsdorf. Hier trat die Belegschaft unter Führung der KPD. in einen wilden Streik. Vernünftige Arbeiter wurden terrorisiert und geprügelt. Am Zusammenbruch des Streiks hat allein die KPD. schuld, weil sich der Textilarbeiter-Verband in diesen Kampf gar nicht hineinmischte. Besterem blieb es lediglich vorbehalten, durch den Tarifabschluß im Novemberbezug, der die Notverordnung abdingt, die Karre wieder aus dem Dred zu ziehen.

Das dritte Beispiel vom Verrat der Reformisten soll die Firma A. Hoffmann in Neugeorsdorf sein. Vorausgeschickt ist, daß dieser Betrieb seit Jahren keinen Betriebsrat hatte und daß die Firma seit langer Zeit unter Tarif existierte, weil die „Revolution“ nicht den Mut aufbrachte, der Firma gegenüber für ihre Rechte einzutreten. Am 8. Oktober wollte die Firma auf Grund der Notverordnung den Gesamtlohn um 12,5 Proz. kürzen. Nach erfolglosen Verhandlungen trat die Belegschaft am 5. Oktober in den Streik. Dieser wurde gemeinsam von Nazis und KPD. geführt. Die SPD. Reformisten, die in dem Streik nicht teilnahmen, wurden als Streikbrecher bezeichnet. Die KPD. wurde als „Kämpfer“, das „täglichste Blatt der SPD., berichtete nur von 49 Neueinsteigern), dann muß doch wohl ein Teil von ihnen für das vom Textilarbeiter-Verband erreichte Ergebnis gestimmt haben? Damit ist das Geschrei der „Roten Fahne“ gerichtet. Auf der gleichen Linie liegt auch der Schwindel vom Streikbruch der SPD. Betriebsräte. (Wir berichteten über den Fall Götlich bereits in Nr. 42 des „Textil-Arbeiter“.)

Das sind also die „Niederlagen“ der Reformisten. Wie sehen dagegen die „Siege“ der KPD. aus? Sie will den Lohnabbau in der „Dute Braunschweig“ verhindert haben. In Wirklichkeit waren es auch hier die Reformisten, die in Verhandlungen vor dem Schlichter erreichten, daß der Lohnabbau unterbleibt. Dafür zeugt, daß nach dem Streik 38 Arbeiter dem Textilarbeiter-

Eingebüßt an Stimmenzahl hat auch das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Staatspartei, die Wirtschaftspartei und andere Splitterparteien. Nicht unwesentlich gewonnen haben die Deutschnationalen und die Volkspartei. Die Mandatsziffer der Deutschnationalen stieg von 38 auf 51, die der Deutschen Volkspartei von 7 auf 11. Im Blätterwald Hugenberg hat es ob dieses Sieges nicht wenig gerauscht. Dabei hat die DNVP. mit ihren 51 Mandaten erst zwei Drittel ihrer Sitze vom 20. Mai 1932 und noch nicht die Hälfte ihrer Sitze vom Jahre 1924. Immerhin hat es Hugenberg erreicht, daß die Mehrheit der schwarzbraunen Koalition gebrochen ist. Nazis, Zentrum und Bayerische Volkspartei sind im neuen Reichstag nicht mehr allein in der Lage, die Regierung zu bilden. Der Erzreaktionär Hugenberg bildet das Jünglein an der Waage.

Die in den Gewerkschaften und der SPD. zusammengeschlossenen organisierten deutschen Arbeiter und Angestellten werden auch in Zukunft allein ihren Weg zu gehen haben. Sie haben Hilfe von keiner Seite zu erwarten. Es erscheint als dringend notwendig, in systematischer Kleinarbeit die Organisationen auszubauen. Wenn das mit der gleichen Hingabe wie in allen schwierigen Zeiten vordem geschieht, dann darf uns auch vor der Zukunft nicht bange sein.

Verband beitreten, darunter einige ehemalige KPD.-Leute. Ebenso hatte die KPD. auf den Streik bei der Firma Babus in Friedrichstal nicht den geringsten Einfluß. Die Gewerkschaftsbürokratie hat nicht den Streik abgewirgt, sondern durch Verhandlungen erreicht, daß von der Notverordnung kein Gebrauch gemacht wird und nur für die Erledigung englischer Aufträge ein Abbau von 2,5 Proz. erfolgen darf, und zwar auch nur für die Dauer dieser Aufträge.

Wer warum ist denn die „Rote Fahne“ so bescheiden und meldet von den wirklichen „Siegen“ der KPD. keine Silbe? So z. B. vom Sieg im Frankfurter Chemnitz, wo die KPD. jedes Eingreifen des Verbandes verhinderte und erklärte, lieber den Streik zusammenbrechen lassen zu lassen.

**Gerade**  
in schlechten Zeiten ist Anschluss  
an eine starke Organisation  
wünschenswert. Schloß dich dem  
**Deutschen Textilarbeiter-Verband**  
an. Du stärke deine Macht  
und damit die Macht der gesamten  
deutschen Textilarbeiterschaft

wollen, ehe der Deutsche Textilarbeiter-Verband verhandeln darf? Was dann nach einigen Tagen auch prompt geschah.

wobei der KPD.-Betriebsratsvorsitzende als erster in den Betrieb lief!

Ober wie steht es mit dem „Sieg“ bei der Färberei Jahn in Schönau bei Chemnitz, wo ebenfalls nach einigen Tagen Streik die KPD. in die Niederlage „führte“? Hier trat der Nazi-Betriebsrat sofort der KPD. bei und lief stolz mit deren Abzeichen herum. Das hinderte ihn aber nicht, am dritten Streiktag als einer der ersten zum Streikbrecher zu werden. Er hatte seine Arbeitsstelle erhalten, dagegen blieben 40 Textilarbeiter auf der Streiklinie. Ebenso fanden sich bei dem Streik bei der Firma Voigt, Stricker in Chemnitz, der auch von der KPD. geführt wurde, bereits am ersten Tage 11 Streikbrecher. Hier konnte nur das Eingreifen der Organisation den Zusammenbruch des Streiks verhindern und ihn zu einem Erfolg für die Arbeiterschaft führen.

Es würde zu weit führen, wollten wir hier alle Heldentaten der KPD. aufzählen. Dazu müßte der „Textilarbeiter“ doppelten Umfang haben. Es kommt der KPD. und der SPD. ja auch gar nicht darauf an, den Arbeitern beim Kampf gegen den Lohnabbau behilflich zu sein. Die Arbeiter sollen nur helfen, für die KPD. eine recht zweifelhafte Wahlpropaganda zu treiben. Das Schicksal der Arbeiter ist dabei Nebensache.

Wirklich erfolgreich kann nur die Organisation kämpfen, die auch vom Verantwortungsbewußtsein für die von ihr vertretene Arbeiterschaft getragen wird. Nach einer vom Textilarbeiter-Verband aufgenommenen Statistik hat dieser bis Ende Oktober 1932 in 52 Betrieben für 17.759 Arbeiter den auf Grund der Notverordnung beabsichtigten Lohnabbau restlos abgewehrt. In weiteren 40 Betrieben wurde für 15.995 Arbeiter der Lohnabbau wesentlich gemildert. Dabei ist zu bemerken, daß diese Statistik nicht vollständig ist, da ein Teil Berichte noch aussteht. Das sind Zahlen, denen die KPD. absolut nichts entgegenzustellen hat. Der denkende Textilarbeiter wird schon daraus erkennen, wo seine wahre Interessensvertretung liegt!

# Warum denn immer lügen? Wie RGO-Slage gemacht werden

Die Berichte des „Kämpfers“ (Organ der RPD) vom 24. und 25. Oktober 1933 über den Streik bei der Firma H. A. P. & Co., Weberei in Hohenstein (Erzgebirge), zwingen uns, etwas näher auf den für die Öffentlichkeit gemachten großen „Streikflug“ der RGO, einzugehen.

Zunächst sei zur Angelegenheit selbst zu sagen: Die Firma hatte vor einigen Tagen durch eine technische Verbesserung die alten Spulmaschinen auf die Leistungsfähigkeit der neuen Maschinen gebracht. Ohne vorher mit dem Betriebsrat Rücksprache zu nehmen oder die alten Akkordlöhne aufzuklären, berechnete die Firma die geleistete Arbeit zu den Akkordlöhnen der neuen Spulmaschinen.

Am Freitag, dem 21. Oktober 1933, früh, nahmen die 19 in Frage kommenden Spulrinnen die Arbeit nicht wieder auf, übten passive Resistenz, um den Arbeitgeber zur Zurücknahme der Maßnahme zu bewegen. Nach einiger Zeit erklärte der Betriebsleiter den Spulrinnen: wenn die Arbeit nicht bis 1/10 Uhr wieder aufgenommen wird, sollen alle Spulrinnen entlassen. Auf Grund dieser Erklärung wendete sich der Betriebsratsvorsitzende telefonisch an die Geschäftsstelle des Textilarbeiter-Verbandes und ersuchte mich, nach dem Betrieb zu kommen.

Bei der Aussprache im Betrieb mit den Spulrinnen und dem Betriebsrat stellte sich heraus, daß die Firma (wie schon eingangs erwähnt) die maßgebenden tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten hat. Auf Grund dieser Feststellung wurde volle Einmütigkeit darüber erzielt:

1. Den Betriebsratsvorsitzenden zu beauftragen, der Firma vorzuschlagen, sofort in eine Verhandlung einzutreten.
  2. Nimmt die Firma diesen Vorschlag an, so wird gleichzeitig die Arbeit wieder aufgenommen und in der Mittagspause zum Ergebnis Stellung genommen.
- Diesem Vorschlag nahm die Firma an und demzufolge die Spulrinnen auch die Arbeit auf. Das Ergebnis der Verhandlung war nun folgendes:
1. Nachzahlung der Differenz zwischen dem alten und dem neuen Akkordlöhnsatz
  2. Weigerung der alten Akkordlöhnsätze für 14 Tage (Kündigungsfrist) mit gleichzeitiger Aufkündigung der Arbeitsverhältnisse und Anbieten zur Weiterbeschäftigung auf der Basis der bisherigen Akkordlöhne der neuen Maschinen.

In der Mittagspause wurde zu diesem Ergebnis Stellung genommen und Einmütigkeit darüber erzielt, daß eine Differenz bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht mehr besteht. Auf Grund dieser nun eingetretenen Situation wurde dann beschlossen, die Arbeit weiter fortzusetzen.

Aus dieser Angelegenheit nimmt nun der Kämpfer die Dreifaltigkeit und schwindelt der Öffentlichkeit einen großen Streikflug der RGO, vor. In Wirklichkeit (wie aus dem vorstehenden Bericht zu ersehen ist) hat sich alles im Betrieb zugestanden und die vorläufige Regelung ist mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband getroffen worden. Man sieht also, daß man auch davon nicht zurückschreckt, sich mit fremden Federn zu schmücken.

## Merkwürdige „Soziallasten“ Für deren Abschaffung setzen wir uns gern ein

Unsere in Genuß und Braus lebenden Kapitalisten können bei jeder Gelegenheit, daß ihre Betriebe nicht mehr rentabel genug arbeiten können, da die „hohen Soziallasten“ — also die Berufsversicherungsbeiträge für die Arbeiter und Steuern — alles „aufstreifen“. Gar zu oft sind diese Klagen schon auf das richtige Maß zurückgeführt worden, und wir wollen es auch heute wieder tun, da wir ein paar passende Beispiele dafür haben, unter welcher Rubrik furchige Unrechnen ihre „Rechenausgaben“ einlegen.

Ein Geschäftsinhaber, obwohl verheiratet, unterhält noch, wie es manchmal vorkommen soll, ein Verhältnis. Durch Testament vermacht er ihr für ihre Lebenszeit ein Einkommensvermögen des zehnjährigen Betrages der höchsten Stufe eines Tarifstranges, ferner das Recht, in einem kleineren Häufel zu wohnen, das durch die Eintragung einer Hypothek von 50 000 RM. gesichert wird.

Solche nette Geschichte kam jüngst ans Licht durch das Arbeitsgericht in Sudenau.

Der Geschäftsführer einer Gesellschaft — der wahrscheinlich zugleich maßgebend beteiligt war — bot einer Dame (warum wohl gerade einer Dame?) an, daß sie die Oberleitung einer zu gründenden offenen Handelsgesellschaft

übernehme; dafür sollte sie monatlich 1500 RM., verbüßigt für die Dauer von zehn Jahren, erhalten, außerdem bekäme sie einen Kraftwagen für 5000 RM. Und ihre Gegenleistung? — Nun, sie sollte nur seine Geliebte werden. Sie küßte sich dann wieder verheiratet nach sich einen Freund anschaffen. — Dieser Fall hat sogar das Reichsarbeitsgericht beschuldigt.

Eine Geschäftsinhaberin errichtet eine „schwarze Kasse“, das ist ein Fonds, dem man Gelder zuführt, die man nicht versteuern möchte. Drei leitende Angestellte, die beträchtliche Teile ihres Gehaltes aus dieser Kasse — warum, wie nicht gesagt — bezogen hatten, wurden entlassen, und so kam die Geschichte ans Licht. Die nachträglich informierte Steuerbehörde rief sich nun die Hände...

„Kein Wunder, wenn solche Betriebe endlich zusammenbrechen“, berichtet der „Deutsche“, dem wir die Kenntnis dieser Fälle verdanken. Ja, in Papens Wohlfahrtsstaat rechnet man aber solche Massen verordnete Geldsummen nicht zu den „un-erträglichen Soziallasten“. Dazu gehören nur die Beiträge zur Sozialversicherung.

Hier kann nur eine Sozialisierung Wandel schaffen!



SOS!

„Hilfe, will uns denn niemand retten?“

## Das Recht des Arbeiters Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht

Gegenwärtig mehr als je, in Verbindung mit der Krise der deutschen Republik und des Parlamentarismus, tobt der Kampf um die Arbeiterrechte. In diesem Kampf stehen leider Millionen Arbeiter nicht auf der Seite der Gewerkschaften, sondern sie belächeln sogar als Anhänger der kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei die Anforderungen der Gewerkschaften zur Geltung der Arbeiterrechte. Das ist nicht allein auf bösen Willen, sondern vor allem auf die Not der Zeit und damit des einzelnen Arbeiters und auf die vielfache Unkenntnis der großen Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechtes für die Gewährleistung der Menschenrechte der Arbeiter zurückzuführen.

Viele Millionen Arbeiter wissen einfach nicht, wie schwere und erbitterte jahrzehntelange Kämpfe der Gewerkschaften es gekostet hat, diese Arbeiterrechte zu schaffen. Vereinigungsfreiheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Tarifvertrag, Mitbestimmungsrecht der Belegschaften durch die Betriebsräte, Arbeitsgerichtsbarkeit usw. haben erst errungen werden müssen, um die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat zu gewährleisten. Auf diesen Errungenschaften allein basieren aber heute die Arbeiterrechte. Jeder denkende Arbeiter muß dies endlich begreifen, wenn nicht diese Rechte wieder verlorengehen sollen, und damit die Arbeiter wieder zu den „Untertanen“ herabstufen, die sie in der Weimarerzeit waren.

Um vor allem die Unkenntnis über die Bedeutung der Arbeiterrechte zu beheben, ist in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Julestr. 6a, ein Buch „Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht“ von Clemens Kappel, dem Arbeitsrechtler des DGB, und Kurt Guse, dem Führer für Arbeitsrecht an der Handelshochschule des DGB, in Bernau erschienen, das diesem Zwecke dienen will. Dieses 174 Seiten starke Buch (in Leinen gebunden 3,50 RM., Organisationspreis 2,50 RM.) will vor allem auch den Arbeiter in den Weibergang und die Behauptung des kollektiven Arbeitsrechtes einführen. Es will den ausschlaggebenden Zu-

sammenhang zwischen den Forderungen und den Zielen der Gewerkschaften und dem geltenden Arbeitsrecht herstellen. Das Buch enthält weiter eine gemeinverständlich und verständliche Erklärung der gegenwärtigen Lage. Es hat auch dem Arbeiter und dem Gewerkschaftsfunktionär ein wertvoller Helfer in seiner täglichen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Zum noch besseren Verständnis ergänzen Schaubilder die Darstellungen.

In dem gegenwärtig so schweren Kampfe um die Erhaltung und die Durchsetzung der Arbeiterrechte wird dieses Buch, ebenso bei der Klärung der noch abseits stehenden Arbeiter, wie auch bei der Einführung des gewerkschaftlichen Nachwuchses in die Gewerkschaftsarbeit und schließlich für die Tagesarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre selbst, ein sehr wertvoller Mitarbeiter, Aufklärer und Helfer sein.

## Eine Aussperrung und ihr Ende Gölitzer Textilarbeiter wehrten sich!

Die Firma W. Seifert Nachf., Strumpfwarenfabrik, Braumwiesenstraße, die einige Aufträge erhalten und darum einen Teil

## Wie hoch ist dein Einkommen? Ein Blick ins Statistische Jahrbuch

Da der vorigen Nummer berichteten wir über einen Vortrag, den der Reichsleiter der Ober- und Mittelbauverwaltung, Herr St. u. H. vor den Reichsausschuss über die Einkommensteuer gehalten hatte. Er hatte sich darüber beklagt, daß im Jahre 1928 es noch etwa 500 000 Einkommensbezieher in Deutschland gegeben hätte, während heute die Zahl nach Schätzungen von Steuerfachverständigen nur noch 100 000 bis 200 000 beträgt.

Wir hatten nun unsere Verwunderung darüber ausgesprochen, daß dieser Kaufmann sich nur für jene Einkommensbezieher interessiert, die über 8000 RM. im Jahre einnehmen, deren Zahl wir auf 251 000 bezifferten. Wir bemerkten nun, als wir noch einmal in die Statistik blättern, daß

Einkünfte monatlich 1928 in RM. (jährlicher Kaufkraft)	Anzahl der Einkommensbezieher	
	in 1000	in Prozenten
0 — 1 000	17 495	57,21
1 000 — 2 000	9 941	32,27
2 000 — 3 000	1 991	6,48
3 000 — 4 000	789	2,59
4 000 — 5 000	251	0,82
5 000 — 6 000	89	0,29
6 000 — 7 000	79	0,26
7 000 — 8 000	42	0,14
8 000 — 10 000	12	0,04
über 10 000	8	0,03
	30 805	100,00

diese Gruppe ja noch nicht einmal zu den Großverdienern gehört, denn ihre Angehörigen nehmen ja immerhin „nur“ 8000 bis 10 000 RM. jährlich ein. So größer das Einkommen, desto kleiner wird die Zahl, die darüber verfügen können, wie unsere Zahlenaufstellung zeigt, die mir auszugeweiht dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1931, S. 153, entnommen. Zusammengefaßt beläuft die Zahl der Einkommensbezieher über 8000 RM. allerdings annähernd 500 000, prozentual veranschlagt sie jedoch in der Masse der übrigen, die allein über 90 Proz. ausmachen, und deren Rückgang im Einkommen von viel größerer Wirkung auf das Wirtschaftsleben ist. Die Sorge des Herrn Reichsleiters und Mittelbauverwalters St. u. H. gehört aber nur den knapp 2 Proz. Einkommensbezieher über 8000 RM. Was bedeutsam für ihn ist. Noch bedeutsamer aber für den Ober- und Mittelbauverwalter, der mit ihm zusammen frühstückt.

## Heinrich wünscht keine organisierten Arbeiter Dreistigkeit eines bankrotten Fabrikanten in Brünles (Erzgeb.)

Bei der Firma Heinrich Hilbert in Brünles genügen noch nicht die Methoden des Dritten Reiches, dort wünscht man die Sklaverei. Frau Brenda Hilbert, Betriebspächterin vom Konkursverwalter, hat ihren Ehemann, den ehemaligen Strumpfmaschinen- und Friedensrichter Heinrich Hilbert, als Betriebsleiter eingesetzt. Obgleich der Konkurs noch nicht abgemeldet und nicht einmal die benotwendigten Verhandlungen wie Arbeiterlöhne, rückständige Sozialversicherungsbeiträge usw. bezahlt sind, spielt Heinrich schon wieder den „Großen“ und blüht. Bis zum 18. Oktober sollte sich die Frau Brenda Hilbert beschäftigte Arbeiterchaft Heinrich Hilbert gegenüber „legitimieren und verantworten“, daß sie nicht mehr einer Berufsorganisation, also einer freien Gewerkschaft, angehört. Die Freiheit scheint bei diesem ehemaligen „großen Unteroffizier“ stärker entwickelt zu sein als die Ehrlichkeit. Wie sagt Goethe doch gleich: „Heinrich, mir graut vor dir!“

Es ist heute der Augenblick gekommen, in dem die Einheitsfront aller Arbeitenden, körperlicher und geistiger Arbeiter, in Beruflichkeit der Gemeinsamkeit ihrer Interessen zu solidarischen Fühlen und Handeln sich zusammenschließen kann und muß. Diese Einheitsfront ist um so notwendiger, als die Machtposition der anderen Seite auch gegenüber den Machtmitteln des Staates eine außerordentlich starke und ihr gegenüber die Arbeiterbewegung in dem bekannten unvollständigen Bruderkrieg befangen ist. Sie ist um so notwendiger, aber auch um so schwerfälliger zu erreichen, als der Machtfaktor der öffentlichen Meinung, die Zeitungen, sich zum überwiegenden Teil in den Händen des Industriekapitals befindet und keine Partei ohne die öffentliche Meinung als Bundesgenossen ziehen kann.

A. v. Aster („Marx und die Gegenwart“, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen.)

Neueinstellungen vorgenommen hatte, die 30 Proz. Zunahme der Belegschaftsstärke ausmachten, teilte ihrer Belegschaft am 4. Oktober durch Anschlag mit, daß sie auf Grund der Japan-Notverordnung den Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde um 50 Proz. senken wolle. Eine Versammlung der Belegschaft beschloß, am folgenden Tage hiergegen zu protestieren und verlangte eine Verhandlung mit der Organisationsverwaltung. Die Verhandlung, die am 7. Oktober stattfand, scheiterte. Wenige Tage darauf trat die Belegschaft selbst in Aktion, indem sie passive Resistenz ausübte, d. h., sie stellte sich an die Maschinen, arbeitete aber nicht, worauf am folgenden Tage die ganze Belegschaft freistlos entlassen wurde. Die Aussperrung begann an einem Montag früh und fand am Mittwoch ihr Ende. Der Abzug von 50 Proz. für die 31. bis 40. Wochenstunde auf den gesamten Wochenlohn umgerechnet, hätte im Durchschnitt eine Lohnminderung von 10,4 Proz. ausgemacht. Eine Verhandlung, welche am Mittwoch stattfand, führte dazu, daß schließlich unter Zustimmung der Belegschaft eine Vereinbarung getroffen wurde, die nicht, wie Herr Dr. Plebisch es wollte, einen Abzug von 10,4 Proz., sondern einen solchen von 4 Proz. für Akkordarbeiterinnen und von 2 Proz. für die Stundenlöhner vorsieht.

Wenn die Belegschaft durch dieses Abkommen auch eine kleine Lohnreduktion über sich ergehen lassen muß, so beweist das Abkommen doch einen erheblichen Erfolg für die Belegschaft, der nur errungen werden konnte, weil sie einig war und sich auf die Kraft der Organisation stützen konnte. Die Arbeit wurde am anderen Morgen in vollem Umfange wieder aufgenommen. Hoffentlich zieht die Textilarbeiterchaft der übrigen Gölitzer Betriebe aus dieser Bewegung die nötige Nutzenwendung.



### Politische Wochenschau Papen will bleiben

Trotz dem eindeutigen Willen der überwältigenden Mehrheit der Wählerchaft, daß Papen zu verschwinden habe, tut dieser Paladin der Großgrundbesitzer, als ob ihn das nichts angehe. Die nationale Presse sekundiert ihm dabei und schreibt dabei in einem Tone, als ob nicht die Regierung das Vertrauen des Volkes, sondern das Volk das Vertrauen der Regierung besitzen müsse. Das sind wahrhaftig nette Zustände in der deutschen Republik. Nun mag sich Papen aber totstellen oder nicht, er wird sich schließlich bequemen müssen, aus seinem Ministerfesselchen aufzustehen und sein Köfferchen zu packen.

### Kampfansage an Papen

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich am Donnerstag nach einem Referat von Otto Wels mit der durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffenen politischen Lage. Es herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß es für die Sozialdemokratie nur scharfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre volksfeindlichen Pläne gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, dem 17. November, zusammentreten und weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen.

### Wie stehen die christlichen Gewerkschaften zur Regierung?

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erließ einen Aufruf an die Mitglieder, in dem noch einmal das Mißtrauensvotum der Reichstagswahl vom 6. November für die Regierung festgestellt wurde. Nur 10 Prozent mußte Herr von Papen trotz Ausbietung des gesamten Propagandaapparates um sich zu sammeln. Das bedeutet das Todesurteil für diese Regierung. Sie muß zurücktreten zugunsten einer verfassungsmäßigen volksverbundenen Regierung. „Das Kabinett von Papen hat“, so heißt es in dem Aufruf, „in den fünf Monaten seines autoritären Regierungsverfuchs den Beweis erbracht, daß seine Regierungsmethode das Werk jahrzehntelanger staatspolitischer Schulungsarbeit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerschlagen droht. Vom neugewählten Reichstag, also dem souveränen Organ des souveränen deutschen Staatsvolkes, erwarten die christlichen Gewerkschaften, daß er sich im Bewußtsein seiner Stellung und Verantwortung baldigst versammelt.“

### Straßenkämpfe in Chemnitz

In der sächsischen Textilstadt Chemnitz kam es am 9. November in der Mitternachtsstunde zu blutigen Zusammenstößen. Nach der Revolutionsfeier der SPD, die von annähernd 3000 Menschen besucht war, wurden die ahnungslos aus dem kaufmännischen Vereinshaus herauskommenden von uniformierten Nazibanditen überfallen. Rückichtslos gingen die SA- und SS-Strolche gegen Frauen und Männer vor. Auf Seiten der Arbeiterschaft wurden 7 Personen schwer und 24 leicht verletzt. Es handelte sich um einen planmäßig vorbereiteten Überfall der Hülfer-Strolche. Herr von Papen, der Erfinder der Aufbauwilligen Kräfte, würde dem Lande den allergrößten Dienst erweisen, wenn er dieses affig herausgeputzte, aber wie Bestien laufende Gefindel von der Straße etwas zurückdrängen, das heißt das Uniformverbot wieder in Kraft treten ließe.

### Studentenausschreitungen in Breslau

Daß der sogenannte Nationalsozialismus hinterlicher Prägung eine Kulturhande ist, hat sich bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit erwiesen. Am traurigsten zeigte sich diese Erscheinung bei den sogenannten gebildeten Ständen, die in Wirklichkeit von einer geradezu polizeiwidrigen Dummheit glänzen. Als neuestes Beispiel führen wir die skandalösen Ausschreitungen von Rassistudenten gegen den neu nach Breslau gereisten Professor für bürgerliches und Handelsrecht, Ernst Cohn, an. Es gelang den Hülfer-Vämmelein tatsächlich, zweimal das Kolleg des Professors zu unterbrechen und sogar ihn, als er das Universitätsgebäude verließ, nach anzutreffen. Hier hätte es durch noch Mittel und Wege gegeben, die randalierenden Bärchen in kurzer Zeit zur Barmut zu bringen. Aber habe einer heute noch Vertrauen zu unserer Staatsgewalt!

### Blutvergießen in Gent

Eine Gruppe rechtsbürgerlicher Politiker, genannt „Nationale Union“, hatte eine antisozialistische Versammlung einberufen. Die Sozialistenführer haben daraufhin ihre Anhänger zu einer Gegendemonstration aufgefordert. Die Regierung bot Polizei sowie eine Kompanie Soldaten auf, um Unruhen zu verhindern. Als die Menge die Truppen anrücken sah, nahm sie angeblich eine drohende Haltung ein, Soldaten sollen entworfen, andere verletzt worden sein. Gegen 10 Uhr abends erhielten die Soldaten Befehl, scharf zu schießen. Es wurde aus einem Maschinengewehr gefeuert.

Im ganzen sind 11 Personen getötet und 65 Personen zum Teil schwer verletzt worden. Die schweizerischen Gewerkschaften haben zu diesem Ereignis Stellung genommen und über einen Proteststreik beraten.

zeichnete gegen die Notverordnung von Papen scharf Stellung genommen und dabei gesagt, daß derartige Notverordnungen gegen die Arbeiterschaft gar nicht erlassen werden könnten, wenn die Kommunisten anstatt dauernd die freien Gewerkschaften zu bekämpfen, mit denselben gegen Papen kämpfen würden.

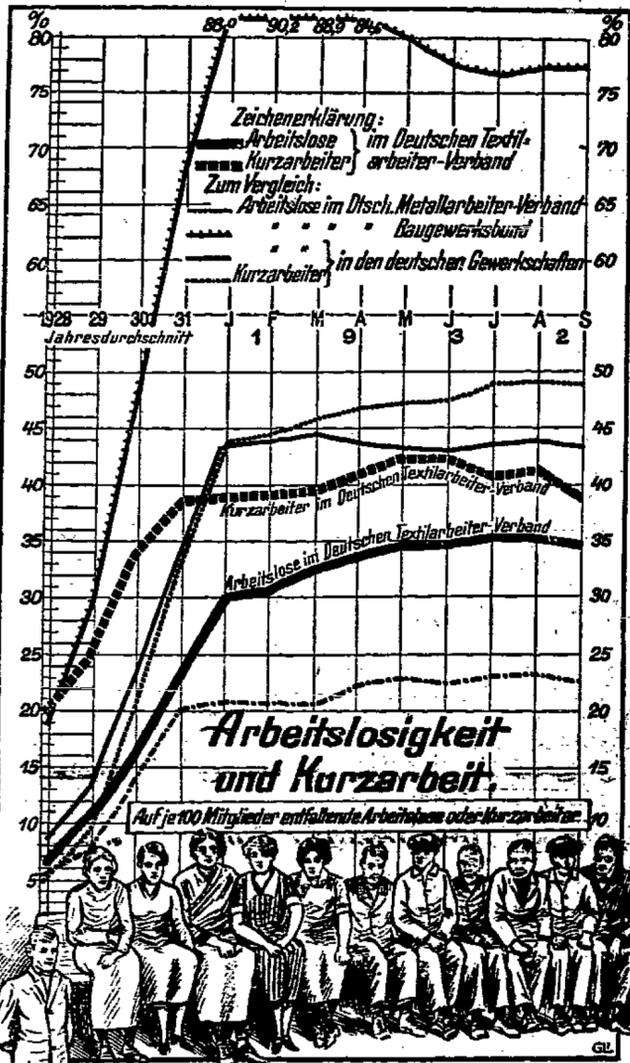
Die weitere Behauptung, daß der Unterzeichnete nur seine und die Interessen der Unternehmer vertreten habe, ist noch in keiner Versammlung gefallen. Wäre eine derartige Äußerung gemacht worden, dann wäre der Unterzeichnete sofort dem entgegengesetzten.

Willy Pfeifer, Singen a. S.

### Spremberg

Betriebsräte-, Untertassler- und Junftionärkonferenz.

Die Kollegen Röbel, Berlin, und Jung, Spremberg, hätten die Referate übernommen. Kollege Röbel sprach über die gegenwärtige Krise. Er führte u. a. aus: Schwere Wirtschaftskrisen macht der Verband durch, und dennoch



Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat in Deutschland zu einem Bruchliegen eines großen Teils der industriellen Produktionsrichtungen geführt und Millionen fleißiger Hände zum Fiebern gezwungen. Neben dem deutschen Textilarbeiter-Verband sind auch die anderen Gewerkschaften Deutschlands durch die wachsende Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter unter ihren Mitgliedern stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Von 1928 an war ein sprunghaftes Steigen der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahl festzustellen. Die Juni-Notverordnung über die Einengung der Arbeitslosenversicherung hat zwar durch Minderungssteuerung von Erwerbslosen, durch Ausschaltung der Jugendlichen von jeglicher Unterstützung sowie durch rigide Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung nur die Zahl der bei den Arbeitsämtern überhaupt nicht mehr als erwerbslos gemeldeten wirklich Arbeitslosen länderweise nicht mehr als erheblich gemindert. Die Arbeitslosigkeit aber ist nicht nur in der Zahl, sondern auch in der Art und Weise der Arbeitslosigkeit jetzt unsere, nach den ständigen Feststellungen der Gewerkschaften, gezeichnete Bildhaftigkeit in der nach dem Kräftefeld der Zahlen von 1928 bis 1931 besonders auch die Entwicklung von 1932 klar zum Ausdruck kommt.

### Gustav Zwahr 25 Jahre Angehöriger im Deutschen Textilarbeiter-Verband

Kollege Gustav Zwahr gehört zu jenen Pionieren des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, die bereits an der Wiege des Verbandes gefunden haben und für dessen Wachstum sich alle Zeit bemühten. Zwahr ist Gründer der Filiale Neugersdorf i. Sa., 1897 wurde er bereits zum Bevollmächtigten der Filiale gewählt. Am 1. November 1907 übernahm er als Geschäftsführer die Filiale Ritzberg i. Sa. und seit 1910 wirkte er als Leiter zunächst im Gau Ostschlesien und später, nach Zusammenlegung der drei sächsi-



schen Gaue, in Dresden. Aber auch in der politischen und genossenschaftlichen Bewegung ist Zwahr kein Fremder gewesen. Er ist im Deutschen Textilarbeiter-Verband angegliedert, war er im Konsumverein Neugersdorf als Geschäftsführer tätig. In Neugersdorf war er Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins sowie des zweiten sächsischen Reichstagswahlkreises; von 1919 bis 1921 war er Mitglied der sächsischen Volkskammer.

Kollege Zwahr hat in seiner langen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sich durch sein ruhiges und bestimmtes Auftreten und durch seine große Hilfsbereitschaft, die unterstützt wurde durch umfangreiches Wissen und langjährige Erfahrungen, viele Freunde erworben. Der Verband weiß seine selbstlose und mühselige Arbeit, die er im Interesse der Textilarbeiter geleistet hat, hoch zu schätzen, und zwar schon deshalb, weil man sich mit Kollegen Zwahr auch über die schwierigsten gesellschaftlichen Fragen immer in klarer Weise verständigen kann.

Wenn wir dem Kollegen Zwahr nachträglich zu seinem Ehrentage die besten Wünsche übermitteln, so verbinden wir dieselben mit dem Wunsche einer noch langen und fruchtbaren Zusammenarbeit.

### Walter Diezel tot

Der langjährige Kassierer unserer Kasseler Ortsgruppe, Walter Diezel, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Er ist nur 51 Jahre alt geworden. Die Umstände, die den schweren Entschluß des Kollegen herbeiführt haben, dürften in einem schweren Nervensleiden, verbunden mit einem chronischen Magenleiden, das ihm im Laufe der Zeit viel zu schaffen gemacht hatte, begründet sein. Kollege Diezel wurde in dem Textilbetriebsortchen Triebes geboren. Im Jahre 1900 kam er nach Kassel. Er schloß sich schon früh der Arbeiterbewegung an. Schon in der Vorkriegszeit wurde er Mitglied des Gewerkschaftsstandes und des Ortsverbandes des Verbandes. 1922 wurde er hauptamtlicher Funktionär. Kollege Walter Diezel war ein immer hilfsbereiter Kollege, der stets seine Pflicht erfüllt hatte. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 20. Nov., ist der Beitrag für die 47. Woche fällig

### Buchbezug.

Wir verweisen noch einmal auf unser Rundschreiben 132/1932. Wir empfehlen hierin den Ortsverwaltungen die Anschaffung des von Clemens Köppl und Dr. Gustow herausgegebenen Buches „Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht“. Da uns bei größerem Bezugspreis gewährt werden, die den Bestellern zugute kommen, erlauben wir besonders die Geschäftstellen, ihre Bestellungen umgehend zu tätigen. Der Hauptverlag:

### Adressänderungen

Gau Stuttgart, Eppingen: Vogel ist zu streichen. V.: Josef Müller, Eppingen, Defeneigasse 6.

Gau Schleien, Friedberg a. Queis: V.: Anna Sindra, K.: Franz Sindra, Birtlich 1 b, Friedberg am Queis.

Berantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Verlag: Carl Schaber in Berlin, Kommerzstr. 82. — Druck: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. in Berlin.

### Neuer amerikanischer Präsident

Wie allgemein erwartet, hat bei den Präsidentschaftswahlen in Amerika der Kandidat der sogenannten demokratischen Partei, Roosevelt, über den bisherigen Präsidenten Hoover einen großen Sieg davongetragen. Die Mehrheit des zukünftigen Präsidenten übertrifft die 20-Millionen-Mehrheit, die Hoover im Jahre 1928 erlangt hat, um 5 Millionen Stimmen. Ebenso wird das Bundesrepräsentantenhaus eine starke demokratische Mehrheit aufweisen; der Bundesrat wird eine knappe demokratische Mehrheit erhalten. Man glaubt, daß neben einer Aenderung in der Zollpolitik — in der ein Abbau der Hochschutzzölle erwartet wird — auch das Alkoholverbot fällt. Da indessen die Bestimmungen über die Prohibition ein Bestandteil der Verfassung sind, liegt eine Aenderung noch in der Ferne.

### BERICHTE AUS FACHKREISEN

#### Stagen

RSD-Lügner. In Nr. 52 der „Volks-Tribüne, Wochenzeitung für Baden und Pfalz“, wird von einem RSD-Lügner unter der Überschrift „Abgefertigter Textiltanze“ behauptet: „Der Unterzeichnete habe in Konstanz für die beiden Betriebe Stromeyer und Herose eine Betriebsversammlung einberufen, um der Arbeiterschaft den neuen Lohnabbau der Papen-Verordnung schmackhaft zu machen. Dem Unterzeichneten sei aber von den Anwesenden in dieser Versammlung gesagt worden, daß er nicht mehr als Führer der Arbeiterschaft zu gelten habe, da er bisher nur seine und die Interessen der Unternehmer vertreten habe.“

Viele von einem RSD-Lügner aufgestellten Behauptungen sind von A bis Z erunden. Ich stelle deshalb richtig, daß eine gemeinsame Betriebsversammlung der beiden genannten Betriebe nie stattgefunden hat. Stattdessen gab eine Mitgliedsversammlung unserer Ortsgruppe Konstanz. In dieser Mitgliederversammlung hat der Unter-

zeichnete seine Kraft ungebogen. Der Verband ist aus der Vertiefungsstellung zum Angriff übergegangen. Die Regierung v. Papen ist bemüht, die Arbeiterschaft völlig zu entrecht, sie steht im Dienste des Unternehmertums. Notverordnungen sind die einzige Regierungswelt der Adelskabinette. Tarifrecht und Vertragsfreiheit sind durch v. Papen aufgehoben. Die Gewerkschaften werden den ausgeschalteten politischen Parteien den Kampf abnehmen und wichtige Kampfaktionen der Arbeiterschaft übernehmen. Unser Kampf gilt vor allem der Notverordnung. In keinem Lande wird volkswirtschaftlich so dilettantenhaft regiert wie in Deutschland. Die Krise ist in Deutschland durch die Schuld der Regierung v. Papen verschärft worden.

Kollege Jung sprach hierauf über alles und neues Arbeitsrecht, sein Referat sollte nicht der Werbung, sondern der Bildung dienen. Um ein guter Theoretiker und vor allem ein erfolgreicher Praktiker zu sein, muß man vor allem die Vergangenheit kennen. Ohne Geschichtswissenschaft kann der Arbeitsrechtler nicht auskommen. Das größte Gesetzgebungswerk des 19. Jahrhunderts, das Bürgerliche Gesetzbuch, sagt nichts über die Entwicklung der Arbeitsrechte. Von 2385 Paragraphen befaßt sich nur 40 direkt mit dem Arbeitsverhältnis. Erst nach der Revolution wurden die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt.

Eine rege Aussprache schloß sich den beiden mit starkem Beifall ausgenommenen Referaten an. Die Diskussion wurde von nicht weniger als 8 Kolleginnen und Kollegen bestritten. Die Konferenzteilnehmer schieden mit dem Gelächern, auch ferner ihre ganze Kraft für den gewerkschaftlichen Gedanken einzusetzen.

### Emil Zernicke tot

Der längere Jahre bei der Hauptverwaltung des Verbandes tätig gewesene Kollege Emil Zernicke schloß vor kurzem seine Augen für immer. Emil Zernicke war ein Berliner Kind, der lange Jahre in der Bekleidungsbranche gearbeitet hatte und 1919 als Hilfsarbeiter in die Verbandsverwaltung eintrat. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.